



Plenarsaal Europarat © CoE

2. Juli 2025

Schwerpunkte der PVER-Sommersession 2025

Vom 23. bis zum 27. Juni fand in Strassburg die dritte Teilsession 2025 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER) statt. Diese Session war geprägt von Dringlichkeitsdebatten über die Frauenrechte in Europa sowie über die humanitäre Katastrophe in Gaza und die Ausweitung des Konflikts im Nahen Osten. Die PVER führte darüber hinaus zwei Aktualitätsdebatten. Diese befassten sich mit der politischen Verfolgung in Georgien und mit den Herausforderungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Ein weiterer Höhepunkt der Sessionswoche war eine Ansprache des ukrainischen Präsidenten, Wolodimir Selenski, vor der Versammlung.

Themen

1. Schwerpunkte der dritten Teilsession | 2
2. Wortmeldungen von Mitgliedern der ERD | 4
3. Ansprachen vor der parlamentarischen Versammlung | 6
4. Wahl von Richterinnen und Richtern des EGMR | 6
5. Besondere Anlässe | 6

1. Schwerpunkte der dritten Teilsession

Rede von Präsident Selenski und Unterzeichnung des Abkommens über einen Sondergerichtshof

Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski weilte am 25. Juni in Strassburg, um ein bilaterales [Abkommen](#) mit dem Europarat über die Einrichtung eines Sondergerichtshofs für das Verbrechen des Angriffs auf die Ukraine zu unterzeichnen. Das Ministerkomitee ermächtigte Generalsekretär Alain Berset, das Abkommen im Namen des Europarates zu unterzeichnen. Die parlamentarische Versammlung hatte die Einrichtung eines solchen Gerichts insbesondere in ihrer [Resolution](#) vom Januar 2023 gefordert, deren Berichterstatter Nationalrat Damien Cottier (FDP, NE) war.

Der ukrainische Präsident hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede vor der Versammlung und beantwortete mehrere Fragen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Es war seine erste direkte Ansprache vor der Versammlung. Der Generalsekretär präsentierte in der Fragestunde (siehe Punkt 3) den Zeitplan für die Einsetzung des Sondergerichts.



S.E. Wolodimir Selenski, Präsident der Ukraine vor der Parlamentarischen Versammlung ©CoE

Dringlichkeits- und Aktualitätsdebatten

In dieser Sommersession wurden zwei Dringlichkeitsdebatten geführt: eine über die Frauenrechte in Europa sowie eine über die humanitäre Katastrophe in Gaza und die Ausweitung des Konflikts im Nahen Osten. Die PVER führte zudem zwei Aktualitätsdebatten. Die erste betraf die aktuellen Herausforderungen des EGMR und die zweite die Situation der Opfer von politischer Verfolgung in Georgien. Eine Dringlichkeitsdebatte hat zur Folge, dass die zuständige Kommission einen Bericht mit einem Vorschlag für eine Resolution oder eine Empfehlung erstellt, über den dann abgestimmt wird. Bei einer Aktualitätsdebatte gibt es weder Bericht noch Abstimmung, sie dient rein dem Meinungsaustausch über ein aktuelles Thema.

Am 22. Mai 2025 veröffentlichten neun Mitgliedstaaten des Europarates – Dänemark, Italien, Belgien, Estland, Lettland, Litauen, Österreich, Polen und Tschechien – einen offenen Brief, in dem sie zu einem „neuen und offenen Dialog“ über die Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) durch den EGMR aufrufen. Ihre Bedenken beziehen sich vor allem auf Urteile, die im Migrationsbereich gefällt wurden. Generalsekretär Alain Berset wiederholte in der Fragestunde seine bereits in seiner [Stellungnahme](#) auf diesen Brief geäußerten Vorbehalte gegenüber der Initiative, die er nicht als den richtigen Weg erachtet, um eine politische Diskussion zu diesem Thema anzustossen. Debattieren sei zwar förderlich, den Gerichtshof zu politisieren, jedoch nicht. Dieser Brief war jedenfalls der Ausgangspunkt der ersten [Aktualitätsdebatte](#), in der sich die PVER mit der Bedeutung und Notwendigkeit der Gewaltentrennung im Europarat sowie mit der Wichtigkeit der Anerkennung der Legitimität, der Zuständigkeit und der Rechtspre-

chung des EGMR durch alle Mitgliedstaaten befasste. Bei dieser Gelegenheit ergriff der neue Präsident des EGMR [Mattias Guyomar](#) zum ersten Mal seit Beginn seines Mandats am 28. April 2025 vor der Versammlung das Wort. Er erinnerte an die Stärke, welche der Gerichtshof aus seinen Ursprüngen schöpft, d. h. aus dem Vertrauen, das die Mitgliedstaaten ihm entgegenbringen. In der Debatte zog Nationalrat [Pierre-Alain Fridez](#) (SP, JU) die Parallele zwischen dem Brief und dem im April 2025 der Versammlung präsentierten [Bericht](#) über die kollektiven Ausweisungen von ausländischen Personen, in dem an die absoluten Rechte der Migrantinnen und Migranten erinnert wird. Nationalrat [Damien Cottier](#) (FDP, NE) verwies seinerseits auf die laufenden Arbeiten in der Schweiz im Zusammenhang mit der Motion Caroni ([24.3485](#)), die den Bundesrat auffordert, zusammen mit den anderen EMRK-Vertragsstaaten den EGMR an seine Kernaufgabe zu erinnern und ein entsprechendes 17. Protokoll zur EMRK auszuhandeln.

In der ersten [Dringlichkeitsdebatte](#) rief die Versammlung zu einer sofortigen Deeskalation im Nahen Osten, zur Einhaltung des Völkerrechts und zu einem dauerhaften Waffenstillstand in Gaza auf, um die Zivilbevölkerung zu schützen und humanitäre Hilfe leisten zu können. Nationalrat [Damien Cottier](#) ergriff für seine Fraktion (ALDE) das Wort und betonte, dass der humanitäre Zugang zu Gaza sofort, vollständig und bedingungslos erfolgen müsse. Er erinnerte daran, dass es sich dabei um eine „grundlegende rechtliche Verpflichtung und keine Option“ handelt, die im Zentrum der Genfer Konventionen steht. Nationalrat [Alfred Heer](#) (SVP, ZH) erinnerte daran, dass die Freilassung der vom Hamas festgehaltenen Geiseln oberste Priorität habe und betonte, dass ein dauerhafter Frieden nur durch ein Ende des Einflusses bewaffneter Gruppen auf die palästinensische Bevölkerung möglich sei. Nationalrätin [Valérie Piller Carrard](#) (SP, FR) rief die Mitgliedstaaten dazu auf, sich aktiv dafür einzusetzen, dass humanitäre NGOs Zugang zu Gaza erhalten, damit sie die Verteilung von Nahrungsmittelhilfe im Einklang mit dem Völkerrecht sicherstellen können.

Die zweite Dringlichkeitsdebatte befasste sich mit den [Frauenrechten](#) in Europa sowie den Fortschritten und Herausforderungen in diesem Bereich. Die Versammlung zeigte sich besorgt über die Rückschritte bei den Frauenrechten in Europa und auch ausserhalb. Sie rief dazu auf, Massnahmen gegen die sexuelle Gewalt zu ergreifen, die sexuellen und reproduktiven Rechte zu gewährleisten sowie die volle Teilhabe der Frauen am politischen Leben zu ermöglichen. Sie kritisierte die zunehmenden Anti-Gender-Kampagnen und bezeichnete die Geschlechtergerechtigkeit als wesentlichen Grundstein der Demokratie. Nationalrätin [Valérie Piller Carrard](#) ergriff in der Debatte das Wort.

Seit dem [Rückzug](#) der georgischen Delegation aus der parlamentarischen Versammlung in der [Januarsession](#) stockt der Dialog zwischen dem Europarat und Georgien. Vor diesem Hintergrund befasste sich die [zweite Aktualitätsdebatte](#) mit der Lage der politischen Opposition im Kaukasus-Staat. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die das Wort ergriffen, forderten die sofortige Freilassung der politisch Verfolgten in Georgien und riefen die georgische Delegation auf, den Dialog mit dem Europarat wiederaufzunehmen.



Nationalrätin Valérie Piller Carrard ©Parlamentssdienste



Nationalrat Alfred Heer ©Parlamentssdienste

2. Wortmeldungen von Mitgliedern der ERD

Debatte über den Ukraine-Krieg und Kriegsgefangene

In einer gemeinsamen Debatte über den Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine und über die Freilassung von Kriegsgefangenen sprach sich Nationalrat [Damien Cottier](#) für die Einrichtung eines Sondergerichtshofs aus, der über das Verbrechen des russischen Angriffs urteilen soll (siehe Punkt 1). Er wies darauf hin, dass ein Angriffskrieg die „Mutter aller anderen Verbrechen“ ist, und rief die Parlamente dazu auf, sich gemeinsam für einen schnellen Beitritt der Mitgliedsstaaten zu diesem Gerichtshof einzusetzen. Nationalrat [Pierre-Alain Fridez](#) ergriff in der Debatte ebenfalls das Wort.

Menschenrechte und Sport

Gegenstand einer zweiten [gemeinsamen Debatte](#) war der Stellenwert der Menschenrechte im Sport. Nationalrat [Roland Rino Büchel](#) (SVP, SG) wies auf die Bedeutung des Sports und der Sporteinrichtungen hin und erklärte, dass der Sport unsere Gesellschaft zu ändern vermag, da er als Instrument der Demokratie sowie als Katalysator für soziale Inklusion Gleichheit und Fairness fördere.



Nationalrat Damien Cottier ©Parlamentsdienste



Nationalrat Roland Rino Büchel ©Parlamentsdienste

Soziale Mobilisierung

Nationalrat [Pierre-Alain Fridez](#) präsentierte einen [Bericht](#) der Kommission für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung mit dem Titel „Social mobilisation, social unrest, and police reaction in Council of Europe member States: need for a new social contract?“. Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen in mehreren Mitgliedstaaten verabschiedete die Versammlung eine Resolution, in der sie dazu aufruft, in erster Linie über Dialog für den Erhalt der Ordnung zu sorgen sowie den Einsatz nichttödlicher Wirkmittel zu überdenken und namentlich ein Verbot von Gummigeschossen ins Auge zu fassen. Zudem wird empfohlen, die bürgernahe Polizeipräsenz zu stärken, ethnisches Profiling zu bekämpfen und die Rolle der Ordnungskräfte in einem immer komplexeren Umfeld anzuerkennen.

Dieser von der Versammlung verabschiedete Bericht war der letzte von Nationalrat Pierre-Alain Fridez. Nach bald 10 Jahren als Mitglied der Schweizer Parlamentarierdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, scheidet er im September 2025 aus der Delegation, deren Vorsitz er von 2019 bis 2022 innehatte, aus. Im Laufe der Jahre bekleidete er mehrere wichtige Ämter in der Versammlung: Unter anderem war er deren Vizepräsident sowie Präsident der Kommission für Migration, Flüchtlinge und Vertriebene. Am Ende der Debatte würdigte die Präsidentin der Kommission für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung, [Saskia Kluit](#) sowie der Präsident der Versammlung, [Theodoros Rousopoulos](#) unter Applaus der Versammlung die Arbeit von Pierre-Alain Fridez.

Terrorismus

Der Versammlung wurde ein Antrag auf ein Zusatzprotokoll zum [Übereinkommen des Europarates zur Verhütung des Terrorismus unterbreitet](#). Dieses Protokoll dient der Modernisierung des Übereinkommens und soll eine erste gesamteuropäische Definition von Terrorismus enthalten. Nationalrat [Damien Cottier](#) betonte in der Debatte u.a. die Vorbehalte der Schweiz und anderer institutioneller Akteure.

Inklusion

Nationalrätin [Valérie Piller Carrard](#) ergriff das Wort in der Debatte über den Bericht mit dem Titel „Promoting inclusive participation in parliamentary life: gender equality, accessibility and inclusive policies“. Die [Versammlung ruft dazu auf](#), ein inklusiveres parlamentarisches Umfeld zu schaffen und insbesondere die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Zugänglichkeit der Infrastrukturen zu gewährleisten und die Prozesse an die Bedürfnisse von Menschen mit familiären Verpflichtungen oder mit Behinderungen anzupassen. Sie ersucht die Parlamente und politischen Parteien, mittels Aktionsplänen die bestehenden strukturellen Hindernisse zu beseitigen und die Diversität auf allen Ebenen des politischen Lebens zu fördern.

Migration

Die Versammlung führte zwei Debatten zum Thema Migration. Die erste Debatte befasste sich mit dem Schutz der Menschenrechte von [Migrantinnen und Migranten auf dem Meer](#). Gegenstand der zweiten Debatte war ein Bericht über die Herausforderungen und Bedürfnisse der staatlichen und privaten Akteure im Bereich des [Migrationsmanagements](#). [Pierre-Alain Fridez](#) ergriff im Namen seiner Fraktion das Wort, [Valérie Piller Carrard](#) musste aus zeitlichen Gründen auf ihren Redebeitrag verzichten.

Freie Debatte

In der freien Debatte meldeten sich die Nationalräte [Roland Rino Büchel](#) und [Pierre-Alain Fridez](#) sowie Ständerätin [Marianne Binder-Keller](#) (Mitte, AG) zu Wort.



Nationalrat Pierre-Alain Fridez ©CoE



Ständerätin Marianne Binder-Keller
©Parlamentsdienste

3. Ansprachen vor der parlamentarischen Versammlung

- Der Premierminister von Malta, [Robert Abela](#), hielt eine Ansprache vor der Versammlung. Malta, das den Vorsitz des Ministerkomitees innehat, will einen Dialog zwischen der Politik und den Jugendlichen aufbauen, sodass ein Vertreter der maltesischen Jugend – gleich wie die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Versammlung – dem Premierminister eine Frage stellen konnte.
- Der stellvertretende Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten und Tourismus von Malta, [Ian Borg](#), sprach im Namen des Ministerkomitees vor den Versammlungsteilnehmenden und stellte sich [deren Fragen](#).
- Der kroatische Aussenminister [Gordan Grlić Radman](#) hielt eine Rede vor der Versammlung.
- Der Generalsekretär des Europarates, [Alain Berset](#), beantwortete die [Fragen](#) der Mitglieder der Versammlung in der Fragestunde.

4. Wahl von Richterinnen und Richtern des EGMR

Die PVER wählte [Hugh Mercer](#) zum Richter am EGMR im Namen des Vereinigten Königreichs.



Richter- und Richterinnenwahlen in der PVER ©CoE

5. Besondere Anlässe

Am Rande der Teilsession fanden die folgenden besonderen Anlässe statt:

Vigdís-Preis für Empowerment von Frauen 2025

Am 23. Juni 2025 wurde der [Vigdís-Preis](#) an die palästinensische Organisation „Women of the Sun“ vergeben, welche sich dafür einsetzt, palästinensischen

Frauen Möglichkeiten in üblicherweise männerdominierten Bereichen zu bieten, namentlich in der Politik, der Geschäftswelt und der Technologie. Dieser gemeinsame Preis des Europarates und der isländischen Regierung zeichnet herausragende Initiativen im Bereich der Frauenförderung aus.

Feier zur Verleihung der europäischen Diplome 2025

Pierre-Alain Fridez leitete die Feier zur Verleihung der europäischen Diplome, mit denen Gemeinden ausgezeichnet werden, die sich aktiv für die Förderung der europäischen Idee einsetzen. Die diesjährigen Preisträgerinnen waren die Gemeinden Montpellier (Frankreich), Brake (Deutschland), Heidelberg (Deutschland), Leipzig (Deutschland), Ottiglio (Italien), Sala Monferrato (Italien), Saragossa (Spanien), Adana (Türkei) und Eskişehir (Türkei).

Besucherguppen aus der Schweiz

Eine Gruppe Schülerinnen und Schüler der Schule Bremgarten (AG) konnten sich im Rahmen der dritten Teilsession mit der Vizepräsidentin der Delegation, Ständerätin Marianne Binder-Keller austauschen und die Debatte zu den Frauenrechten in Europa mitverfolgen.

Parlamentsdienste
Services du Parlement
Servizi del Parlamento
Servetschs dal parlament



ERD

Sekretariat der Delegation
CH-3003 Berne
erd.dce@parl.admin.ch
parl.ch

2. Juli 2025